Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Die „Freiheit“ erſcheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zuſtellung ins Haus M. 18.— für den Monat Dezember, im voraus zahlbar. Für Poſtbezug nehmen ſämtliche Poſtanſtalten Beſtellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutſchland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet ſowie die früheren deutſchen Gebiete Polens und Luxemburg M. 29.— für das übrige Ausland M. 36.—

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Donnerstag, 1. Dezember 1921

Nummer 561 · Abend-Ausgabe

Die zehngeſpaltene Nonpareillezeile oder deren Raum koſtet 8.— M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einſchließlich Inſeratenſteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Geſuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Geſuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernſprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutſchlands

Die Forderungen der Gewerkſchaften

Neue Stellungnahme der Vorſtände des A. D. G. B. und des AfA-Bundes

Entſcheidende Beſchlüſſe der großen Spitzenkörperſchaften bevorſtehend

Im Auftrage der Betriebsobleute-Verſammlung, die von der Betriebsräte-Kommiſſion aus dem Reiche einberufen worden war und am 23. November in Berlin ſtattgefunden hat, übermittelte der Genoſſe Fleſch die von der Verſammlung gefaßte Reſolution den Vorſtänden des A. D. G. B. und des AfA-Bundes. Wie erinnerlich iſt, forderte die Verſammlung der Betriebsobleute Berlins die Vorſtände der Arbeiter- und Angeſtellten-Gewerkſchaften auf, einen allgemeinen Betriebsräte-Kongreß einzuberufen, damit dem Kampfe um die Forderungen der Gewerkſchaften in der Steuerfrage und anderen brennenden wirtſchaftlichen Fragen größerer Nachdruck verſchafft werde. Der Kongreß ſollte ſich ferner mit der Frage der Amneſtie für die politiſchen Gefangenen beſchäftigen.

Die Vorſtände des A. D. G. B. und des AfA-Bundes ſowie der Reichs-Betriebsrätezentrale haben in ihrer gemeinſamen Sitzung über die Angelegenheit beraten und das nachfolgend abgedruckte Antwortſchreiben beſchloſſen:

Werter Kollege!

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 25. November können wir Ihnen mitteilen, daß die Gewerkſchaften ſich **des Ernſtes unſerer gegenwärtigen politiſchen und wirtſchaftlichen Lage durchaus bewußt ſind**, es aber gerade im Intereſſe der Erhaltung einer geſchloſſenen gewerkſchaftlichen Kampfesfront für bedenklich halten, wenn immer wieder verſucht wird, im Augenblick der ſchärfſten wirtſchaftlichen Kriſe neue und willkürlich zuſammengeſetzte Vertretungen der Arbeitnehmer zu bilden. Die gewerkſchaftlichen Organiſationen und ihre gewählten Körperſchaften müſſen es ablehnen, die Verantwortung für Aktionen zu tragen, die von irgendwelchen fliegenden Kommiſſionen eingeleitet werden.

Bei den Betriebsräten iſt ein ſolches Vorgehen um ſo weniger zu billigen, als der erſte Reichsbetriebsräte-Kongreß eine mit dem A. D. G. B. und AfA-Bund organiſch verbundene Betriebsräteorganiſation geſchaffen hat. Es kann von uns nicht erwartet werden, daß wir **unter Ausſchaltung der innerhalb der freien Gewerkſchaften beſtehenden Betriebsräteorganiſation** nunmehr Direktiven einer völlig ſyſtemlos zuſammengeſetzten Kommiſſion einzelner Betriebsräte entgegennehmen ſollen.

Gleichwohl haben die beiden unterzeichneten Vorſtände die ſachliche Notwendigkeit des von Ihnen angeregten Reichsbetriebsräte-Kongreſſes geprüft. Wir ſind zu dem Ergebnis gekommen, daß ſich die Aktivität der organiſierten Arbeiter und Angeſtellten, wie ſie durch die wirtſchaftliche Lage jetzt bedingt iſt, keineswegs in der Veranſtaltung von Betriebsräte-Kongreſſen auswirken müßte. Die Gewerkſchaften haben ein wirtſchaftliches Programm zur Sanierung der Reichsfinanzen und damit auch zur Milderung der beſtehenden Teuerung herausgebracht, für deſſen Erfüllung ſie kämpfen werden. Wir rechnen in dieſem ſchweren Kampf auch **auf die Unterſtützung der Betriebsräte**, denn es kommt darauf an, daß die von uns eingeleitete Bewegung vor allem auch örtlich **von den breiten Schichten der Arbeitnehmer** getragen wird. Es wird alſo Aufgabe der Betriebsräte ſein müſſen, beſonders dahin aufklärend zu wirken, daß es nicht genügt, Lohnbewegungen zu machen, ſondern daß die Belegſchaften die Gewerkſchaften darin unterſtützen müſſen, die Urſachen der anhaltenden Teuerung und der Not zu beſeitigen.

Dieſe aufklärende Kleinarbeit, in der die weſentliche Vorausſetzung für eine Steigerung **unſerer Aktionskraft** liegt, kann auf keinen Fall durch die dauernde Veranſtaltung von Betriebsräte-Kongreſſen erſetzt werden und es muß auch einmal erklärt werden, daß die Inanſpruchnahme der von der organiſierten Arbeitnehmerſchaft aufgebrachten Organiſationsmittel für Kongreſſe nicht unbegrenzt ſein kann. Es findet u. a. am 5. Dezember ein großer **Reichsbetriebsräte-Kongreß für die Metallinduſtrie** in Leipzig ſtatt, der rund 1000 Teilnehmer umfaſſen dürfte, und es iſt wirklich nicht zu rechtfertigen, nun zu gleicher Zeit einen zweiten Kongreß im Sinne Ihres Vorſchlages abzuhalten, der ſich weder im Umfang noch in der Auswirkung von der Leipziger Tagung unterſcheiden könnte.

Es wird in nächſter Zeit Gelegenheit gegeben ſein, auf den großen **Ausſchußtagungen des A. D. G. B. und des AfA-Bundes** das Steuerprogramm der Spitzenverbände weiter zu behandeln und die erforderlichen Beſchlüſſe zu faſſen, und es beſteht daneben noch die Möglichkeit, auch durch Einberufung des gewählten **Beirates der Gewerkſchaftlichen Betriebsrätezentrale**, deſſen Mitwirkung an dieſer Bewegung zu ſichern.

Wir bemerken ſchließlich noch, daß die von Ihnen neben den wirtſchaftlichen Fragen angeſchnittene Forderung der Amneſtie für die politiſchen Gefangenen in erſter Linie Sache der politiſchen Arbeiterparteien ſein muß. Wir verkennen keineswegs die Zuſammenhänge von Politik und Wirtſchaft, können aber nicht zugeben, daß nun durch Vermittlung einzelner Betriebsräte der Aufgabenkreis von Parteien und Gewerkſchaften völlig verwiſcht werden ſoll.

Indem wir Ihnen unſere ſachliche Auffaſſung zu dem eingereichten Vorſchlag mitteilen, muß auch von den Betriebsräten erwartet werden, daß ihr Verkehr mit den Gewerkſchaften künftig im Rahmen der ſelbſt geſchaffenen Betriebsräteorganiſation vor ſich geht.

Mit gewerkſchaftlichem Gruß

Allgemeiner Deutſcher Gewerkſchaftsbund
Der Vorſtand. gez. Th. Leipart.

Allgemeiner freier Angeſtelltenbund
Der Vorſtand. gez. B. Süß.

Gewerkſchaftliche Betriebsrätezentrale
gez. Brolat. Körpel.

Wir erwarten, daß die Vorſtände ihr in dieſem Schreiben gegebenes Verſprechen halten, für ihre Forderungen kämpfen und durch entſcheidende Beſchlüſſe der genannten Zentralkörperſchaften dem Kampfe neue Kraft zuführen, Macht und Willen der Arbeiterklaſſe wirkſam dokumentieren und die Aufmerkſamkeit der Oeffentlichkeit rege halten werden. Die Vorſtände dürfen bei der Entſcheidung über ihre weitere Taktik in dieſem Kampfe nicht vergeſſen, daß ſie mit ihrem Brief ein Verſprechen nicht nur der Kommiſſion gegeben haben, an die das Schreiben gerichtet iſt, ſondern der geſamten Arbeiter- und Angeſtelltenſchaft.

Der Dollar 210

Der Dollar, der bereits geſtern infolge der Londoner Beſprechungen über die Gewährung eines Moratoriums für Deutſchland einen ſtarken Rückgang zu verzeichnen hatte, iſt heute weiter ganz erheblich geſunken. An der Newyorker Börſe machte ſich der Sprung der Mark noch ſchärfer geltend als in Berlin. Dort ſtand geſtern der Dollar auf 224.

An der heutigen Berliner Börſe wurde der Dollar im freien Verkehr mit 218 umgeſetzt.

Die Londoner Verhandlungen

Um das Moratorium für Deutſchland

EE. **Paris**, 1. Dezember.

Der Londoner Korreſpondent des „Petit Journal“ meldet, daß die Vorſchläge Rathenaus in London großen Schwierigkeiten begegneten. Der Miniſterrat, der geſtern zuſammentreten ſollte, wurde im letzten Augenblick abgeſagt. Wahrſcheinlich werden die engliſchen Miniſter erſt übermorgen zuſammentreten können, um die Vorſchläge von Sir Robert Hornes zu ſtudieren. Andere Londoner Meldungen beſagen, daß techniſche Schwierigkeiten bei der Prüfung der Moratoriumsfrage beſtehen. (Das Kabinett hatte tatſächlich keine Zeit, die Angelegenheit zu prüfen.) Dr. Rathenau wird wahrſcheinlich noch einmal mit Robert Hornes, dem engliſchen Schatzminiſter, zuſammentreffen. **Rathenau forderte ein fünfjähriges Moratorium, während England nur drei Jahre bewilligen wird.** Eine endgültige Entſcheidung wurde in den Beſprechungen zwiſchen Rathenau und den engliſchen Delegierten noch nicht getroffen. Der Umſtand, daß das Finanzabkommen vom 13. Auguſt von Frankreich noch nicht ratifiziert wurde, iſt ein weiteres Hindernis. **Sollte ſich Frankreich weigern, dieſes Abkommen zu ratifizieren, ſo würde die engliſche Regierung die Durchführung des Abkommens von Wiesbaden nicht zulaſſen.** In dieſer Hinſicht wurden Rathenau keinerlei Illuſionen gemacht. England fordert die Durchführung des Finanzabkommens, und die Vorſchläge, die Deutſchland in dieſer Hinſicht machte, konnten England nicht überzeugen.

Der Londoner Korreſpondent des „Oeuvre“ erklärt, **daß England auf den Zahlungen vom 15. Januar beſtehe und daß England Deutſchland hierfür eine Anleihe zur Verfügung ſtellen werde. Für die weiteren Zahlungen würde Deutſchland ein Aufſchub von drei Jahren gewährt werden.** Der Londoner „Matin“-Korreſpondent erklärt, daß Dr. Rathenau die Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz wünſche, um die Reparationsfrage zu regeln, daß er ſich aber gegen eine interalliierte Finanzkonferenz ausſpreche, weil Deutſchland auf einer ſolchen nicht auf gleichem Fuße mit den Alliierten verhandeln könne.

Dem „Matin“ zufolge iſt John Bradbury bereits geſtern nachmittag nach Paris zurückgekehrt, um mit den Mitgliedern der Reparationskommiſſion Beſprechungen abzuhalten.

London, 1. Dezember.

Der politiſche Berichterſtatter der „Weſtminſter Gazette“ teilt mit, die Anſicht gehe jetzt dahin, daß ein Moratorium nicht der beſte Ausweg aus der Schwierigkeit ſei. Die Sachverſtändigen ſeien für eine langfriſtige Anleihe, die ausgegeben werden ſoll in der Form von Obligationen, die vom Völkerbund garantiert und in 30 oder 40 Jahren rückzahlbar ſeien. Die Bezahlung der Reparationen durch ſolche langfriſtigen Obligationen würde nicht den Nachteil haben, den Wechſelkurs in Mitleidenſchaft zu ziehen.

(Siehe auch 3. Seite.)

Um Niederſchönenfeld

Von **Ernſt Niekiſch**, Mitglied des bayriſchen Landtags.

Kaum hatte der Reichstagsausſchuß, deſſen Aufgabe es iſt, Einblick in den Strafvollzug zu nehmen, den Beſchluß gefaßt, auch die bayriſche Feſtungshaftanſtalt Niederſchönenfeld zu beſichtigen, da erhob ſich auch ſchon in München der übliche Lärm und zahlreiche geſchäftige Hände regten ſich, um Verwirrungen zu ſtiften. Die Partikulariſten und Separatiſten ergriffen unverzüglich die Gelegenheit, kräftig gegen das Reich zu hetzen, und ſofort drohten klerikale Hofbräuhauspolitiker, daß diesmal „Bayern unter keinen Umſtänden nachgeben werde, und wenn alles in Scherben gehe“. Graf Lerchenfeld, der Miniſterpräſident, in dem nach eigenem Bekenntnis derſelbe gute bayriſche Kern ſteckt, den auch Herr Kahr in ſich birgt, erteilte der Vorſtandſchaft in Niederſchönenfeld ſchleunigſt die Weiſung, dem Reichstagsausſchuß unter keinen Umſtänden die Tore zu öffnen, alſo ihn, falls er unverſehens auftauche, wegzuſchicken, etwa wie einen Bettlerhaufen. Der bayriſche Staatshaushaltsausſchuß ſetzte ſofort die Beratung über dieſen „abermaligen Einbruch des Reichs in bayriſche Rechte“ auf die Tagesordnung. Die bürgerlichen Parteien gaben ſich redlich Mühe, entrüſtet zu ſcheinen; mit verdächtigem Eifer betonten ſie, an dem Konflikt, der möglicherweiſe zwiſchen dem Reich und Bayern entſtehe, trage das Reich alle, Bayern aber keine Schuld. Die Deutſchnationalen verſicherten, ſie wollten ihren Parteifreunden im Reichstag, die dem Beſuch in Niederſchönenfeld zugeſtimmt hatten, poſtwendend einen geſalzenen Proteſt zugehen laſſen. Die Rechtsſozialiſten legten ſich in ihrer Stellungnahme Zurückhaltung auf, damit nicht ihre letzten Hoffnungen auf bayriſche Miniſterſeſſel noch zerſtört würden; nur die USP. verfocht mit Entſchiedenheit und Nachdruck die zweifelloſen Rechte des Reichs.

Das Reich hat unbeſtreitbar das Recht der Oberaufſicht auch über die bayriſche Gefangenenanſtalten. Wenn das Reich dieſes Recht geltend macht, ſo iſt das kein Eingriff in die bayriſche Juſtizhoheit. Graf Lerchenfeld hatte ein deutliches Gefühl für dieſe Sachlage; er lehnte es ausdrücklich ab, juriſtiſche Ausführungen zu machen, da er ſich ſelbſt über die Rechtslage noch nicht völlig klar ſei. Dieſes Geſtändnis des Miniſterpräſidenten rief allerdings den Zorn der partikulariſtiſchen Heißſporne hervor; ſofort ſandten ſie den — vorrevolutionären — Kultusminiſter Knilling vor, damit er mit juriſtiſcher Spitzfindigkeit den bayriſchen Widerſtand und Ungehorſam rechtfertige. Freilich wirkte die Knillingſche Beweisführung in keiner Weiſe überzeugend; es gelang ihm nicht, aus Bayerns ſchlechter Sache eine gute Sache zu machen. Der Geſamtheit ſeiner „Gründe“ war unverkennbar anzuſehen, daß ſie letzten Endes nur Vorwände waren. Bayern fürchtet den Beſuch des Reichstagsausſchuſſes in Niederſchönenfeld, weil es nach den Feſtſtellungen, die dieſer Ausſchuß unbedingt machen müßte, nicht mehr in der Lage wäre, die himmelſchreienden Zuſtände, die in Niederſchönenfeld herrſchen, vor der Oeffentlichkeit abzuleugnen. Bayern hat ein ſchlechtes Gewiſſen; es bangt vor dem Augenblick, an dem die Wahrheit über Niederſchönenfeld nicht mehr abgeſtritten werden kann.

Bayern, das auf ſeine Juſtizhoheit pocht, hat bisher nichts getan, um geſetzliche Zuſtände in Niederſchönenfeld zu ſchaffen. Trotz aller Beſchwerden, Eingaben, Bitten der mißhandelten Feſtungsgefangenen, ſchritten weder das Juſtizminiſterium noch der Landtag ein. Es iſt bemerkenswert: noch keine der Tatſachen, die ich in meiner Denkſchrift vorgebracht habe, konnte bisher widerlegt werden. Es iſt Wahrheit, daß Mühſam und Toller planmäßig ſeeliſch aufgerieben und zermürbt werden. Es iſt Wahrheit, daß Toller tätlich angegriffen wurde. Es iſt Wahrheit, daß die kranken Feſtungsgefangenen nicht in ſachkundige ärztliche Pflege kommen. Es iſt Wahrheit, daß der ganze Strafvollzug dem § 17 des R. St. G. B. (welcher Paragraph den Charakter der Feſtungshaft umſchreibt) widerſpricht. Der bayriſche Juſtizminiſter Müller-Meiningen hat am 23. November 1921 im Staatshaushaltsausſchuß freimütig zugegeben, daß er während des Kapp-Putſches Anſtalten treffen mußte, um die Gefangenen in Niederſchönenfeld vor dem Los, ermordet zu werden, zu bewahren.

Der Strafvollzug in Niederſchönenfeld geſchieht im Geiſte der Rachſucht und Gehäſſigkeit. Geſetz und Recht ſind ausgeſchaltet; bloße Willkür herrſcht. Der Oberſtaatsanwalt Kraus hat das ſelbſt eingeräumt; [illegible] unzählige Male hat er erklärt, er ſei an keine Vorſchrift gebunden; er könne anordnen, was er wolle.

Der Reichstagsausſchuß hat nicht nur das verfaſſungsmäßige Recht, in Niederſchönenfeld mit eigenen Augen ſich umzuſehen. Er hat gleichzeitig die verfaſſungsnäßige und die ſittliche Pflicht, auf die Herſtellung eines geſetzlichen Strafvollzugs in Niederſchönenfeld zu dringen. Von dem Geſchrei, das aus München her ertönt, darf er ſich dabei nicht beirren laſſen. Das ſtändige Zurückweichen der Reichsbehörden vor Münchener Anmaßungen führte bisher nur dazu, daß man in Bayern noch anmaßender wurde. Jede Nachgiebigkeit des Reichs wird in München als Schwäche ausgedeutet und ausgenützt. Der Reichstag würde nur Spott und Hohn ernten, wenn er auf die Fahrt nach Niederſchönenfeld Verzicht leiſten würde, ganz zu ſchweigen davon, daß ſeine Autorität ſchwere Einbuße erleiden müßte, falls er gegen die offenkundigen Rechtsbrüche und Geſetzesverletzungen in Niederſchönenfeld nicht endlich einſchreiten würde. Es iſt völlig ausgeſchloſſen, daß Bayern aus ſich ſelbſt heraus den Skandal von Niederſchönenfeld beſeitigt; ſeit den Kapptagen iſt es bayeriſcher Grundſatz, Sozialiſten willkürlich und ungeſetzlich zu behandeln. Keine ſchönere Aufgabe kann dem Reichstag zugemutet werden als die, den Rechtszuſtand auch in Bayern herzuſtellen, und vor allem den armen, wehrloſen politiſchen Gefangenen den Schutz des Geſetzes wieder ſicherzuſtellen.

Große Koalition und Hungerſtreik

Entſchließungen der S. P. D.-Funktionäre

In einer Verſammlung der Berliner S. P. D.-Funktionäre im „Luckauer Hof" ſprach geſtern Miniſterpräſident **Otto Braun** über die Aufgaben der S. P. D.-Miniſter in der Regierung. Das ganze Streben in der Partei ſei darauf gerichtet, die politiſche Macht zu erringen, aber ſie habe ſich einſtweilen mit einem Teil der Macht begnügen müſſen. Es ſei vorteilhafter, einen Teil der Macht auszuüben, als ſich völlig ausſchalten zu laſſen. Man müſſe den Mut zur Unpopularität haben und vernünftige Aufbaupolitik treiben, damit es nicht noch ſchlimmer komme. Die Partei müſſe den Kampfboden der demokratiſchen Republik, auf dem der Wirtſchaftskampf der nächſten Jahrzehnte ausgefochten werden wird, ſo feſtigen und erhalten, daß keiner die Republik ſtürzen kann. Wie die Konſervativen die keiner die Republik ſtürzen kann. Das alles könne nur erreicht werden, wenn die Partei teilnehme an der Regierung.

Nach ihm ſprach Juſtizminiſter Radbruch. Er ſagte, die Veröffentlichung der Zetkin-Dokumente ſei notwendig geweſen, um der Arbeiterſchaft zu zeigen, wo die wahren Arbeiterverräter ſitzen. Es galt, **die Oeffentlichkeit für die Gefangenen zu intereſſieren,** die ſchuldloſe Opfer dieſer Verräter geworden ſind.

Wenn der Reichsjuſtizminiſter damit ſagen will, daß er die Oeffentlichkeit damit auf die Reviſion der Urteile über die Opfer des Märzputſches vorbereiten will, ſo möchten wir ihm dazu ſagen, daß es endlich Zeit iſt, eine ſolche Reviſion praktiſch in Angriff zu nehmen. Es genügt nicht, wenn man beſtändig darüber ſpricht.

Die Verſammlung nahm einſtimmig zwei Entſchließungen an, von denen wir die erſte im Wortlaut wiedergeben:

„Die Aufgabe der Sozialdemokratie in den Regierungen des Reichs und der Länder iſt die **Verhinderung des wirtſchaftlichen und ſtaatlichen Zuſammenbruchs Deutſchlands,** die Sicherung der Republik und der Demokratie, die tatkräftige Anbahnung des wirtſchaftlichen und ſozialen Wiederaufbaues mit dem Ziel der ſozialiſtiſchen Geſellſchaft. In der Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien kann deshalb die Sozialdemokratiſche Partei **nur bleiben, ſolange ihre Vertreter in dieſem Sinne arbeiten können.** Die Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der SPD. Groß-Berlins haben zu ihren Genoſſen das Vertrauen, daß ſie mit aller Kraft an der Durchſetzung dieſer Grundſätze arbeiten und ihre **Aemter der Partei zur Verfügung ſtellen** werden, wenn ſie hierbei auf unüberwindliche Hinderniſſe ſtoßen. Insbeſondere erwarten die Funktionäre, daß die Steuergeſetzgebung, die eine Lebensnotwendigkeit Deutſchlands iſt, mit einer gerechten Belaſtung des Beſitzes und einer ausreichenden Erfaſſung der Sachwerte ſofort durchgeführt oder an die Entſcheidung des Volkes appelliert wird."

Die zweite Reſolution billigt die Haltung des Juſtizminiſters Radbruch und der ſozialdemokratiſchen Fraktionen in den Parlamenten gegenüber den Hungerſtreiks in den Strafanſtalten. Die Funktionäre erwarten, daß die verſprochene **Nachprüfung der Urteile aus dem mitteldeutſchen Putſch und** weitgehende Begnadigung ſchleunigſt erfolgt.

Für dieſe Reſolution gilt das gleiche, was wir über die Ausführungen Radbruchs ſagten. Eine Reſolution iſt nichts. Wir erwarten vom Reichsjuſtizminiſter den Mut zur Tat, den ſein Parteigenoſſe Braun für die S. P. D. in Anſpruch nimmt.

Aus der erſten Reſolution aber läßt ſich folgern, daß in den Kreiſen der S. P. D.-Funktionäre noch mancherlei Mißbehagen über die Koalition mit der Deutſchen Volkspartei vorhanden iſt. Das kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß die Funktionäre ihre Männer in der Regierung von neuem aufgefordert haben, mit aller Kraft an der Durchſetzung der Grundſätze der Partei zu arbeiten und ihre Aemter der Partei zur Verfügung zu ſtellen, wenn ſie hierbei auf unüberwindliche Hinderniſſe ſtoßen ſollten.

Parteitag der Deutſchen Volkspartei

In Stuttgart wurde geſtern der 4. Parteitag der Deutſchen Volkspartei durch eine Sitzung des Zentralvorſtandes eröffnet. Die Anweſenheit verſchiedener Leute iſt minder wichtig als die Abweſenheit Streſemanns, der als leichterkrankt bezeichnet wird. Die Vermutung liegt ſehr nahe, daß es ſich hier um eine diplomatiſche Krankheit handelt. Vielleicht ſind ſelbſt dieſem geriſſenen Parteiſtrategen die zahlreichen Wechſelfälle und Umfälle ſeiner Partei in der letzten Zeit etwas zuviel geweſen.

Der neugebackene preußiſche Finanzminiſter Dr. v. Richter leitete die Sitzung. Das Referat, das Reichstagsabgeordneter Dr. Hugo über die politiſche Lage hielt, iſt zum größten Teil ohne beſondere Bedeutung. Die Erfüllungspolitik ſei eine Illuſion; die deutſche Außenpolitik ſei in dieſer Beziehung nicht aktiv genug. Die Kreditaktion der Induſtrie ſei keine Parteiſache, die Deutſche Volkspartei ſei für Kundgebungen des Reichsverbandes der Deutſchen Induſtrie nicht verantwortlich. Von größerem Intereſſe ſind ſeine Ausführungen über die Koalitionspolitik. Er ſagte ganz richtig, was auch die „Freiheit" immer behauptet hat, daß die große Koalition für die Deutſche Volkspartei nur Intereſſe haben könne, wenn dieſe in der Regierung hinreichenden politiſchen Einfluß gewänne. **Außerdem habe die Partei keinerlei Veranlaſſung, von der Koalitionsbildung die Deutſchnationale Partei auszuſchalten.** Hier verzeichnet der Bericht „Lebhafte Zuſtimmung".

Die Ausführungen Hugos beweiſen mit ihrem ſtarken Widerhall, den ſie gefunden haben, welch treue Koalitionsgenoſſen die Rechtsſozialiſten in Preußen gefunden haben. Die Stinnesleute kennen keine andere Sehnſucht, als ihre deutſchnationalen Brüder ans Herz zu drücken, d. h. ſie in die Regierung miteinzubeziehen. Und das iſt auch ganz logiſch. Denn den Unterſchied zwiſchen den beiden monarchiſtiſchen Parteien feſtzuſtellen, das dürfte auch bei ſorgfältigſter Unterſuchung kaum gelingen. Hier ſind tatſächlich die Grenzen ineinandergefloſſen.

Herr Boelitz, der monarchiſtiſche Kultusminiſter der demokratiſchen Preußenrepublik verteidigte die große Koalition. Natürlich, ſitzt er doch im Miniſterſeſſel. Zwar meinte er, ihm und Herrn v. Richter ſei der Eintritt ins Kabinett nicht leicht geworden, „aber es wäre Feigheit geweſen, nicht an die Stelle zu treten, auf die ſie das Vertrauen der Fraktion habe ſtellen wollen." Und ein „deutſcher" und „nationaler" Mann läßt ſich doch keine Feigheit vorwerfen. Alſo gehen wir auf den republikaniſchen Miniſterſeſſel, den wir ſo oft in den rüdeſten Tönen beſchimpft haben.

Selbſtverſtändlich, daß für beide Fraktionen Vertrauenskundgebungen beſchloſſen wurden.

Das Wohltätigkeitsgeſchäft

Der Miniſter für Volkswohlfahrt, Hirtſiefer, hat in einem Erlaß die Oberpräſidenten in Preußen beauftragt, das Augenmerk auf jene Veranſtaltungen zu richten, die unter dem **Vorwand des wohltätigen Zweckes** ſehr oft nichts anderes als Amüſiergelegenheiten zweifelhafteſter Art ſind. Es ſei falſch, anzunehmen, daß Feſte jener Art in nennenswertem Maße **zur Linderung von Notſtänden beitragen,** denn ſolche Veranſtaltungen dienen nicht nur der Genußſucht, ſondern in ſehr vielen Fällen in noch höherem Maße der Gewinnſucht geſchäftsintereſſierter Perſönlichkeiten, und **nur zum kleinſten Teile kommen die dabei umgeſetzten Summen dem Zwecke zugute, deſſen Aushängeſchild ſie tragen.**

Der Wohlfahrtsminiſter hofft, daß die führenden Kreiſe ernſter Wohlfahrtspflege durch Verſtärkung unmittelbarer Werbetätigkeit und Verbreitung des ſozialen Gedankens dahin wirken, die Gebefreudigkeit zu erhöhen und den beſchämenden Zuſtand zu beſeitigen, der darin liegt, daß die Unterſtützungen Bedürftiger, z. B. hungernder Kinder, **durch Steigerung von Wohlleben und Ueppigkeit erkauft werden ſollen.**

Der Wohlfahrtsminiſter hat völlig recht. Schlimm iſt es aber, daß dieſer Hinweis auf die Unwürdigkeit ſolcher Veranſtaltungen erſt erfolgen mußte. Die Kreiſe, die auf ſolchen Feſten zu tanzen pflegen, ſollten ſelber wiſſen, daß es zum mindeſten eine Geſchmackloſigkeit, wenn nicht gar eine Rohheit iſt, wenn man Schlemmerfeſte zum Vorwand für wohltätige Zwecke nimmt und bei Gelegenheit einer angeblichen Wohltat für die Armen und Elenden mit ſeidenen Kleidern und Perlenkolliers demonſtriert. Das trifft ſchon auf die von ihren Urhebern noch ernſt genommenen Veranſtaltungen dieſer Art zu. Daneben gibt es aber auch Veranſtaltungen, die den Wohltätigkeitsrummel nur als Maske benutzen, um dem Amüſierpack des Berliner Weſtens eine günſtige Gelegenheit für reizvolle Zuſammenkünfte zu verſchaffen. Eine Schande aber iſt es, daß die ſoziale Hilfe ihren Bedarf überhaupt noch zum Teil durch milde Gaben decken muß. Sie iſt eine Selbſtverſtändlichkeit und ſollte durch das Geſetz ſo geregelt ſein, daß es weder des Wohltätigkeitstanzes, noch der freiwilligen Almoſengabe bedarf.

Nette Geſellſchaft

Der „Kaiſerliche Yachtklub" iſt eine Sache, die unſere Leſer und die breitere Oeffentlichkeit gewiß herzlich wenig intereſſiert. Aber ſelbſt die ſcheinbar bedeutungsloſeſte Angelegenheit hat ihren beſonderen Reiz. Und ſo auch dieſe. In der ſoeben veröffentlichten Mitgliederliſte dieſes Klubs prangen ſchiedlich-friedlich nebeneinander: Kaiſer Wilhelm II., Leutnant Tilleſen, Leutnant Killinger und Hugo Stinnes.

Das ſcheint eine recht verſchiedenartig zuſammengeſetzte Geſellſchaft: ein ehemaliger Kaiſer, ein Mörder (Tilleſen iſt einer der Mörder Erzbergers), ein der Beihilfe zum Mord Verdächtiger (Killinger) und Stinnes. Von dem letzteren weiß man ja, daß er überall dabei ſein muß und ſeinem robuſten Geſchäftsſinn wird dieſe Nachbarnſchaft nichts ausmachen. Was Wilhelm von Hohenzollern anbetrifft, ſo könnte man annehmen, daß „die Leiden des Exils" ſeinen angeſtammten Sinn für Haltung etwas getrübt hätten. Wahrſcheinlicher aber iſt, daß er die Mörder Erzbergers als „nationale Helden" betrachtet und ſich glücklich ſchätzt, ſie in „Seinem" Yachtklub als Mitglieder zu haben. Und ſo fügt ſich bei näherer Betrachtung die Geſellſchaft ganz harmoniſch zuſammen.

Wilhelms Randbemerkungen

Da wir gerade bei Wilhelm ſind, erwähnen wir noch einen Brief, den Wilhelm in den erſten Auguſttagen 1914 an Franz Joſef gerichtet haben ſoll und den der „Temps" abgedruckt hat. Es heißt darin:

„Es zerreißt mir das Herz, aber man muß alles mit Feuer und Schwert vernichten, Männer, Frauen, Kinder und Greiſe erwürgen, keinen Baum und kein Haus ſtehen laſſen. Mit ſolchen Schreckmitteln, die allein auf ein ſo entartetes Volk, wie das franzöſiſche, Eindruck zu machen vermögen, wird es möglich ſein, den Krieg in weniger als zwei Monaten zu beenden, während er ſonſt, wenn ich auf Humanität Rückſicht nehme, Jahre dauern kann. So ſehr es mir widerſtrebt, habe ich das erſte Verfahren wählen müſſen."

Dieſer Brief, der den Anſchauungen, die die militariſtiſchen Kreiſe Deutſchlands im erſten Siegestaumel hegten, nicht geradezu widerſpricht, hat nationalen Verbänden Veranlaſſung gegeben, ſich an Wilhelm ſelbſt zu wenden. Dieſer hat den Abdruck mit dem Randvermerk „gelogen" verſehen.

Wie man ſieht, verſteht ſich Wilhelm immer noch ausgezeichnet auf Randbemerkungen. Aber, ganz abgeſehen von der Echtheit oder Fälſchung des Briefes, der für uns ja nichts weſentlich Neues zum Charakterbild Wilhelms zufügt, genügt der einfache Vermerk „gelogen" natürlich nicht, um den Brief tatſächlich als erlogen anzuerkennen. Wenn es den „nationalen" Herrſchaften darauf ankommt, das Bild ihres ehemaligen Abgottes reinzuwaſchen, dann müſſen ſie eben ſyſtematiſcher vorgehen, dann müſſen ſie danach trachten, das Original dieſes Briefes in die Hand zu bekommen oder feſtſtellen, wo er zuerſt erſchienen iſt. Mit der einfachen Randbemerkung wird ſich weder die deutſche noch die ausländiſche Oeffentlichkeit zufriedengeben. Dafür haben die Randbemerkungen Wilhelms einen zu üblen Ruf.

Die Arbeitsſchule

Von Heinrich Vogeler, Worpswede.

Der wichtigſte Unterſchied zwiſchen der alten bürgerlichen Schule und der proletariſchen Arbeitsſchule iſt, daß die alte Schule den organiſatoriſch-mechaniſtiſchen bindenden Lernprozeß verwirklicht, um aus dem Kind brauchbares Menſchenmaterial zu machen, und auf der anderen Seite, daß die Arbeitsſchule den organiſch wachſenden und befreienden Schöpferprozeß im Kinde zum Leben fördert, um den jungen Menſchen zu ſeiner vollen individuellen Geſtaltungskraft in der Arbeit zum Wohle ſeiner Mitmenſchen zu bringen. Die alte Lernſchule predigt die Abhängigkeiten von Autoritäten, die den Staat repräſentieren; die Arbeitsſchulen des Proletariats legen die Funktion des Staates mit voller Selbſtverantwortung in jeden einzelnen zurück. Die Arbeitsſchulen ſind Gemeinſchaftsſchulen auf wirtſchaftlicher Baſis. Jedes Kind iſt von Anbeginn für die gemeinſame Baſis verantwortlich. So wachſen die Lehrmittel aus dem lebendigen Betrieb des Lebens. Es wird die ſtärkſte ſchöpferiſche Kraft, die befähigt iſt, die individuellen Kräfte für das gemeinſame Wohl aller Mitarbeitenden zu erlöſen, als Ratender, Richtender, Ausrichtender des Schulbetriebes, an die verantwortliche Stelle gebracht, ſei es Kind oder Erwachſener.

Ausgehend von der Befreiung des Proletariats durch die Erfaſſung und Geſtaltung der Ernährungsbaſis, ausgehend von der Erkenntnis, daß die geſunde, natürliche Baſis der Menſchen die Erde, der Boden iſt, zu der uns der Hunger immer wieder zurückzwingen wird, wollen wir die proletariſchen Arbeitsſchulen als produktive Betriebe mit Landwirtſchaft, Gärtnerei, Handwerk und modernſter intenſiver Technik in den Agrargürtel der ſich ſelbſtverſorgenden Städte einſetzen. — Träger der Arbeitsſchulen wären am beſten großzügige Arbeiterſiedlungen, die in enger Verbindung mit der Induſtrie ſtehen. Auf der Baſis der Arbeitsſchule wäre der Raum für die Entwicklung der Volkshochſchulen, damit dieſe nicht als Bildungsinſtitut verflachen, ſondern techniſch-wiſſenſchaftliche Lehrinſtitute werden, die im ſteten Zuſammenhange mit den Anforderungen des gemeinwirtſchaftlichen praktiſchen Lebens ſtehen. Nur ſo werden die alten Hochſchulen allmählich abſterben, die nicht gewillt ſind, all ihr Kapital an Wiſſen zur Erlöſung des Leides der Beſitzloſen einzuſetzen. — Wiſſen muß ſterben, um zu werden. Auf dieſe Weiſe wird der praktiſche Aufbau einer Ernährungsbaſis unſeres Induſtrieproletariats ganz in die Hände der Arbeiterſchaft übergehen und nicht mehr als Hungerſchraube benutzt werden, wie es jetzt durch die nationale und internationale Handelswirtſchaft geſchieht.

Wir ſehen nun das logiſche Wachstum der Arbeitſchulen aus der wirtſchaftlichen und geiſtigen Not unſerer Zeit. — Der jetzt durch die Regierung zur Auflöſung gedrängte Betrieb der Arbeitsſchule Barkenhoff war ein Durchgangspunkt für viele, vieltauſend Arbeiter und für geiſtig ſuchende Menſchen aus allen Kreiſen, er wurde der Boden für die jugendlich nach neuen Wegen der Erziehung Forſchenden.

Lehrer ſuchten aus der praktiſchen täglichen Arbeit heraus den Weg zu einem befreienden ſchöpferiſchen Arbeitsrhythmus in der Verantwortung für das Glückſuchen und Erfülltſein aller; Gärtner und Mediziner fanden in den innigen Beziehungen zwiſchen Pflanze und Menſch, zwiſchen Erde und Menſch und in beider Verhältnis zu den Geſtirnen ihre eigenen Erkenntniſſe über die ewigen Geſetze des Allgeiſtes, der immer wieder zur Einheit, zum Aufbau, zur Gemeinſchaft treibt. — Wer von den Forſchenden noch Beſitz hatte, machte ſich beſitzlos in der Hingabe an den Aufbau der proletariſchen Schule. Nur der Staat greift, ungeiſtig, wie er heute iſt, rein mechaniſtiſch zerſtörend durch Verbote und Steuern in den Werdeprozeß einer organiſch ſich aufbauenden neuen Welt ein! —

Dieſe Arbeitsſchulen, die für die Geſtaltung der neuen Lehrmittel und für die pädagogiſchen Erfahrungen auf dem Gebiete des gemeinwirtſchaftlichen Arbeitslebens aller für alle von größter Bedeutung ſind, können durch das kämpfende Proletariat in erſter Linie dadurch geſtützt werden, daß die Elternräte der Schulen ſofort die Lehrmittel auf ihren reaktionären Inhalt kontrollieren und vernichten. Sie brauchen ſich dabei nur auf die Baſis der ſchönen Reden unſerer Miniſter, Schulmänner der Reichsſchulkonferenz uſw. zu ſtellen, und ſie werden damit nur jeden Ideologen zur Konſequenz der Tat treiben. Mit dieſer revolutionären Aktion der geſamten Arbeiterſchaft begänne die Notwendigkeit des lebendigen Geſtaltens aus dem Geiſte der neuen Zeit. —

Möge nun die reaktionäre Jugend gern in den Schulkaſernen der Städte ſitzen bleiben und die verweſenden Reſte der zuſammenbrechenden Ideologien verzehren; wir verlangen für die proletariſche Jugend Schulen, die ein Stück der klaſſenloſen, parteiloſen Welt des ſchöpferiſchen Menſchen ſind, im innigen Zuſammenhange mit der Natur und in der vollen Verantwortung für die Erlöſung des Leides der Aermſten.

Wird Brunner ausgeſchaltet? Wie die V. P. N. hören, hat der Berliner Polizeipräſident Richter angeordnet, daß bei der Abteilung des Polizeipräſidiums zur Bekämpfung der Unſittlichkeit ein literariſcher und künſtleriſcher Sachverſtändigenausſchuß gebildet wird. Das wäre ja ſehr ſchön. Aber hoffentlich kommt nicht ſtatt des einen Brunner ein Brunnerausſchuß. Möglich iſt ja alles.

Reinlichkeit

Von Klaus Kumſt-Königsberg

Eine Stunde braucht der D-Zug, um den Reiſenden von Königsberg nach Braunsberg zu bringen.

Das iſt eine gute und geſegnete Gegend und ein feiner und fetter Boden.

Jetzt ſind auch die vielen Geiſtlichen, Prieſter, Dechanten und Domherrn, die ihre ſchweren Körper in langen, ſchwarzen Röcken über die Straßen der Stadt und die Chauſſeen der Umgegend ſchleppen.

Denn in Braunsberg beginnt das finſtere und fromme Oſtpreußen und reicht bis nach Frauenburg mit dem prunkvollen Dom in der ſtillen Stadt, in der die Zeit ſtehen geblieben zu ſein ſcheint, und weiter hinein und hinauf bis nach Allenſtein.

In dieſem Teil der Provinz, den man das Ermland nennt, wohnen die katholiſchen Konſervativen, deren reaktionäre Geſinnung ganz beſonders hartnäckig und häßlich iſt.

Braunsberg iſt aber auch eine reinliche Stadt, was man ſchon daran erkennen kann, daß eine Straße unmittelbar neben dem Bahnhof: Im Patſchwinkel heißt!

Unlängſt wollten nun ein paar Stadtverordnete von der radikalen Linken für eine noch größere Reinlichkeit in Braunsberg ſorgen, und ſie hatten auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenverſammlung einen Antrag geſetzt, in Braunsberg eine Bedürfnisanſtalt zu bauen.

Der Zufall fügte es, daß auf derſelben Tagesordnung ein Antrag der Rechten ſtand, Braunsberg mit einem Kaiſer-Wilhelm-Denkmal zu beglücken.

Das gab nun ſehr dauerhafte Debatten, und es kam über die beiden Anträge zu heftigen Zuſammenſtößen in der Stadtverordnetenſitzung.

Die Rechte ſtemmte ſich wie ein Mann gegen die beantragte Bedürfnisanſtalt.

Wir haben in Braunsberg noch nie eine Bedürfnisanſtalt gehabt, ſagte man, und ſo ſoll es auch weiter bleiben! Wir brauchen auch gar keine Bedürfnisanſtalt in Braunsberg, betonten andere, dazu iſt Braunsberg viel zu klein. Die ganz Kulanten und menſchenfreundlichen Mitbürger aber meinten: „Erbarmung! Wer es mal ganz eilig hat und nicht bis nach Hauſe kommen kann, der ſoll nach dem Bahnhof gehen, da findet er alles, was er für die Befriedigung ſeiner Bedürfniſſe braucht!"

Trotz dieſer geſchloſſenen Front der Rechten, war die Sache der Radikalen und der beantragten Bedürfnisanſtalt nicht ſo hoffnungslos, und der Sieg den Gegnern nicht ſicher.

Die Antragſteller wieſen nämlich darauf hin, daß die Erbauung der Bedürfnisanſtalt ein erkleckliches Stück Geld weniger koſte

Erfassung der Sachwerte

Die Berliner Gewerkschaftskommission zu den Forderungen des A. D. G. B.

Am Mittwoch abend tagte im Gewerkschaftshaus die Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission, die sich mit den 10 Forderungen des A. D. G. B. und des AfA-Bundes beschäftigte.

Genosse Aufhäuser als Referent, zeichnete die Entstehung der jetzigen Teuerungswelle, die ihren Ursprung in dem Fall der Zwangswirtschaft habe. Die gewerkschaftlichen Kämpfe bringen nicht den notwendigen Ausgleich und man müsse dem Grundübel zu Leibe gehen. **Das Ziel ist, die Notenpresse stillzulegen.** Die Experimente der Regierung, in der Steuerfrage, seien nicht geeignet, einen Ausgleich herbeizuführen. Dem Reiche, welches vollständig verarmt ist, müssen wieder reale Werte zugeführt werden. Trotzdem mehr gearbeitet und auch mehr exportiert wurde, sind die Gegenwerte im Auslande angelegt worden. Es sei somit kein Nutzen für das Reich entstanden. Die Verelendung mache infolge dieser Sysiphusarbeit immer größere Fortschritte. Diesem Zustand könne nur gesteuert werden, wenn das Reich in die Substanz eingreife. Redner geht dann ein auf die sogenannte „Kredithilfe" der deutschen Industrie, die er als eine Provokation der gesamten Arbeiterschaft bezeichnet. Selbst die Regierung habe das Angebot ablehnen müssen. Aber es werde fortwährend hinter verschlossenen Türen verhandelt und es sei damit zu rechnen, daß kurz vor dem 15. Januar 1922 der Regierung ein Ultimatum gestellt werde. Auch bei Annahme der Kredithilfe der Industrie sei keine Aenderung der Besitzverhältnisse zu erwarten. Im Gegenteil, das Reich würde in ein größeres Abhängigkeitsverhältnis geraten.

Diese Gedankengänge seien für den A. D. G. B. und AfA-Bund maßgebend gewesen, um die bekannten 10 Forderungen aufzustellen. Redner geht näher auf diese ein, und macht aufmerksam auf den letzten Satz in dem Aufruf des A. D. G. B., wo es heißt: Für dieses Mindestprogramm ist die ganze organisatorische Kraft einzusetzen. Das bedeute, daß jetzt alles auf einen Punkt zu konzentrieren sei. Das Parlament lasse nicht allzu viel erwarten. Der Kampf werde außerparlamentarisch von größter Heftigkeit sein. **Wenn die Arbeiterklasse geschlossen den Kampf aufnimmt, sei der Erfolg sicher.**

In der Diskussion stellten sich sämtliche Redner auf den Standpunkt des Referenten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 30. November 1921 tagende Plenarversammlung der Gewerkschafts-Kommission Berlin und Umgegend und der Delegierten des Ortskartells des AfA-Bundes beschließt einstimmig, sich auf den Boden der von den Vorständen des A. D. G. B. und AfA-Bundes aufgestellten Forderungen zu stellen. Die Versammlung hält diese Forderungen als das Mindestmaß dessen, was zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt des Reiches gefordert werden muß. Die Versammlung fordert darum nachdrücklichst, daß endlich auch die besitzenden Klassen zur Steuerleistung und zur Tragung der Kosten aus dem Kriege und seinen Folgen herangezogen werden.

Ganz entschieden protestiert die Versammlung gegen die vom Reichsverband der Deutschen Industrie aufgestellten Bedingungen in der Frage der Kredithilfe, die als eine Provokation des werktätigen Volkes aufgefaßt werden müssen.

Von der Reichsregierung fordert darum die Versammlung, die 950 000 organisierte Arbeitnehmer vertritt, daß die Forderungen des A. D. G. B. und des AfA-Bundes als Ganzes rücksichtslos durchgeführt werden, und wenn nicht anders, so gegen den Widerstand der besitzenden Klassen.

Von den Vorständen des A. D. G. B. und des AfA-Bundes fordert die Versammlung, ihren ganzen organisatorischen Einfluß aufzubieten, daß sich die Regierung für die Erfüllung dieser Forderung einsetzt.

Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, so steht die Berliner Arbeitnehmerschaft geschlossen hinter den Vorständen, und wird sie in ihrem Bestreben diese Forderungen zur Erfüllung zu bringen, unterstützen.

Die Arbeitnehmerschaft Groß-Berlins fordert, daß endlich gehandelt wird.

Die Sechser-Kommission

Wie gemeldet wird, wurden für die vom Reichskanzler angeregte Sechser-Kommission zu Verhandlungen mit englischen und amerikanischen Finanzkreisen vom Reichsverband der Industrie die Herren Bücher, Silverberg und Kraemer nominiert. Die Kommission wird weiterhin aus dem Reichsbankpräsidenten Havenstein und je einem Regierungs- und Arbeitervertreter bestehen.

Die Reparationskrise

London, 1. Dezember.

Reuter berichtet, daß in den bisherigen Erörterungen noch nichts konkrete Formen angenommen habe. Von gut unterrichteter Seite verlautet, daß augenblicklich darüber verhandelt werde, auf welche Weise Deutschland in die Lage versetzt werden könne, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, da die Ansicht vorherrsche, daß, **bevor die deutschen Finanzen auf eine gesicherte Grundlage gestellt würden, keinerlei Aussicht auf große Reparationszahlungen bestehe.** Britische Finanzkreise seien der Ansicht, daß, wenn kluge Maßnahmen zur Reform der Finanzlage angenommen würden und diesen Maßnahmen genügend Zeit zum Wirken gelassen werde, die Aussichten auf Reparationsleistungen durch Deutschland befriedigend seien. Andererseits werde geglaubt, daß, wenn sofort Maßnahmen gegen den Schuldner angewendet würden ohne Rücksicht auf seine Zahlungsfähigkeit und ohne Rücksicht darauf, daß die Staatsmaschine in Deutschland in Gang erhalten werden müsse, ein finanzielles Durcheinander und ein politisches Chaos sicher sei. Es wird darauf hingewiesen, daß dies von der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht genügend erkannt wird, obgleich wahrscheinlich die französischen Staatsmänner nicht blinder gegen diese Möglichkeit sind als ihre Kollegen in London. Die Frage eines Vorschusses seitens der Londoner Banken zur Deckung der Reparationsraten im Januar und Februar, hänge mit dieser Hauptfrage zusammen. Wenn ein genügend großer Vorschuß nicht erreicht werde, so werde die Krisis nur beschleunigt werden.

Internationale Finanzkonferenz

Paris, 1. Dezember.

Nach einer Meldung des Matin aus Washington hat die Reparationskommission dem Finanzdepartement die Einladung übersandt, einen Delegierten zu einer demnächst stattfindenden internationalen Konferenz zu entsenden, die **Mittel suchen soll, um die heftigen Kursschwankungen zu vermeiden, die sich aus Anlaß der nächsten deutschen Reparationszahlungen ergeben könnten.** Das Finanzdepartement habe die Einladung angenommen und werde wahrscheinlich Boyden, den amerikanischen Delegierten bei der Reparationskommission, zu dieser Konferenz entsenden. Finanzsekretär Mellon habe jedoch zwei Bedingungen gestellt, nämlich daß die Konferenz streng auf den angekündigten Gegenstand beschränkt werde, und daß sie weder mit der Verfestigung der Wechselkurse im allgemeinen, noch mit dem Problem der Reparationen in seiner Gesamtheit befaßt werde, und daß der amerikanische Delegierte nur eine halbamtliche Ansicht kundgebe.

Das Protokoll von Venedig

T. U. Wien, 1. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des Nationalrates wurde die Ratifizierung des Protokolls von Venedig mit den vom Auswärtigen Ausschuß formulierten Vorbehalten nach dem Vorschlag des Referenten einstimmig von allen drei Parteien beschlossen. Bundeskanzler Schober gab einen Rückblick auf die Entwicklung der burgenländischen Frage, wobei er weder das illoyale und gewalttätige Verhalten Ungarns noch die Inkonsequenz der Entente zu erwähnen vergaß. Die Rede Schobers gipfelte in der Feststellung, daß der Inhalt des Venediger Protokolls mit den darüber hinaus erreichten Garantien einer freien Abstimmung alles Erreichbare bedeute und daß man daher die Ratifikation vornehmen müsse, um die Leiden des Burgenlandes nicht noch weiter zu verlängern. Er teilte ebenfalls mit, daß ihm der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Benesch die Mitteilung über den Durchtransport der von den Mächten zugesagten interalliierten Ordnungstruppen aus Oberschlesien habe zukommen lassen.

Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont über die Eingliederung von Pyrmont in Preußen und in die Provinz Hannover ist nunmehr in Arolsen abgeschlossen worden. Für Preußen unterzeichneten Ministerialdirektor Meister, Geh. Finanzrat Mackensen und Geh. Regierungsrat von Kamete, für Waldeck-Pyrmont der Landesdirektor Schmeeding.

30 Kronen für eine Straßenbahnfahrt. Der Wiener Gemeinderat hat die Erhöhung der Preise für die Straßenbahnfahrt auf 30 Kronen für eine Fahrt beschlossen.

Mein amerikanischer Großonkel

Jeden Mittag gehe ich an einer Ullsteinfiliale vorbei, in deren Schaufenster mitten zwischen den verschiedenartigen Zeitungen dieses Warenhauses der öffentlichen Meinung der Kurszettel hängt. Darauf steht hübsch mit Blaustift geschrieben, wieviel die maßgebenden Leute an der Börse heute für Aktien und Devisen gezahlt haben.

Vor dem Plakat steht immer eine Masse von Menschen, die sich jeden Tag wundern. (Wenn man den Kurszettel liest, kann man sich nämlich immer wundern.)

Was mich betrifft, so sehe ich immer nur auf die Ecke des ominösen Zettels, wo rechts unten der Stand des Dollars verzeichnet ist. Ich habe schon eine solche Uebung darin, daß ich gar nicht mehr stehen zu bleiben brauche, sondern nur im Vorbeigehen mit dem rechten Auge hinschiele.

Wenn ich dann weitergehe, vergnüge ich mich damit, auszurechnen, wie gut es wäre, zehn Dollar zu haben, eine Möglichkeit, die mit jedem Tage verlockender erscheint. Zehn Dollar: vor ein paar Wochen waren es ein netter Ausflug, dann eine recht hübsche Reise, jetzt könnte ich sie schon im Schlafwagen machen und im elegantesten Hotel wohnen. Wenn das so weiter geht, mache ich am Ende die ganze Reise im Auto oder gar im Flugzeug.

Nur leider habe ich die zehn Dollar nicht. Aber ich habe einen Großonkel in Amerika, wenigstens hat man es mir gesagt. Ich weiß nichts von ihm: Lebt er noch oder ist er schon gestorben? Hat er nicht einmal zehn Dollar übrig oder hat er vielleicht unter dem Namen Rockefeller einige Milliarden (Dollar versteht sich) erworben?

Trotzdem, man kann nicht wissen; so ein alter Mann könnte mal Heimweh kriegen und wenn nicht selbst kommen — woran mir nichts liegt — wenigstens von sich hören lassen: z. B. das Knistern von zehn lumpigen Noten der U. S. A.

Wahrscheinlich wartet er nur, bis der Dollar 500 Mark kostet. Immerhin, inzwischen könnte er wenigstens fünf schicken.

Dann würde ich . . . . . H. E. K.

Der erste Tag der Tariferhöhung

Trotz wiederholter Bekanntgabe der heute eingetretenen Fahrpreiserhöhungen war eine ganze Anzahl von Fahrgästen darauf nicht vorbereitet. Bei der Eisenbahn war die Abwicklung des Fahrkartenverkaufs trotzdem ziemlich ungestört, da die Fahrgäste in den Morgenstunden meistens Wochen- oder Monatskarten benutzen.

Mehr Schwierigkeiten entstanden bei der Hoch- und Untergrundbahn, am stärksten aber traten Störungen bei der Straßenbahn auf. In beiden Fällen wurden diese oftmals durch das völlige Fehlen von Wechselgeld herbeigeführt. Fünfzigpfennigstücke und -Scheine waren meist sehr schnell vergriffen, und die Fahrscheinverkäufer konnten nicht herausgeben.

Leider kam es auch einigemale vor, daß Fahrgäste in ihrem Unmut über die erneute Preiserhöhung dem Personal der Verkehrsanstalten die Schuld zuschieben wollten. Da dann andere Fahrgäste das Unsinnige solcher Handlungsweise feststellten, und gleichzeitig festnagelten, daß eine solche Auffassung nur entstehen könne durch das Lesen der bürgerlichen Hetzpresse, die den Arbeitern die Schuld an den jetzigen Zuständen zuzuschieben sucht, obwohl sie am stärksten dazu beigetragen hat, gab es in fast allen Wagen lebhafte Diskussionen. Diese behandelte dann oft die allgemeine Teuerung, dabei konnte dann festgestellt werden, daß selbst jene Kreise der Beamten und Angestellten, die noch vor wenigen Monaten ein leidliches Auskommen hatten, heute genau so darben wie die Arbeiter.

Erst langsam bricht sich in diesen Kreisen die Erkenntnis Bahn, daß sie zur Abwendung weiterer Verelendung auch mit den Arbeitern in eine gemeinsame Front treten müssen, um erfolgreich bessere Lebensbedingungen für alle Lohn- und Gehaltsempfänger durchzusetzen.

Welche Wirkung die Fahrpreiserhöhung für besonders Schlechtentlohnte zur Folge hat, kam in der Erzählung eines Lehrlings zum Ausdruck. Der für diesen vor einiger Zeit getätigte Lehrvertrag, der eine Lehrzeit von vier Jahren vorsieht, bestimmt, daß im ersten Jahr eine Beihilfe von 40 Pf. für die Stunde gewährt wird. Nach Abzug für Kassen usw. erhält der Lehrling wöchentlich zirka 20 M. Da die Arbeitsstelle ziemlich entfernt von der Wohnung liegt, muß derselbe Lehrling, da noch Fahrgeld zur Schule hinzukommt, allein dafür mehr ausgeben, wie er überhaupt erhält.

Dieser Fall steht nicht vereinzelt da, sondern es kommt vor, daß selbst Lehrlingen im vierten Lehrjahre nur die gleiche Entschädigung gezahlt wird. Die Unternehmer bestehen oftmals auf dem Buchstaben des Vertrages und weigern sich, mehr zu zahlen, wie seinerzeit unter ganz anderen Verhältnissen vereinbart ist. Es muß Sache der Gewerkschaften sein, hier einzugreifen und diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen.

Der Raub bei der Schiffahrtsgesellschaft „Osten"

Der Geldschrankeinbruch bei der Schiffahrtsgesellschaft „Osten" am Kronprinzenufer, bei dem den Tätern 204 000 Mark Bargeld in die Hände gefallen war, hatte jetzt ein Nachspiel vor der Strafkammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen Beihilfe zum schweren Diebstahl waren der Hausverwalter Alfred Bredo und der Techniker Friedrich Kunert. Die Haupttäter, der Arbeiter Lacke und der Händler Köppe, sind inzwischen zu sechs bzw. vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der dritte Geldschrankknacker, ein unter dem Namen „Moabiter Willi" bekannter Schwerverbrecher, ist inzwischen bei einem Einbruch von Kriminalbeamten erschossen worden. Der Einbruch selbst war monatelang systematisch vorbereitet worden. Köppe hatte sich wiederholt des Abends in dem Hause der Schiffahrtsgesellschaft einschließen lassen, um in der Nacht „Studien" machen zu können. Schließlich ging man mit zwei Stahlflaschen mit Sauerstoff, Azetylen und einem Schneidebrenner dem Geldschrank neuester Konstruktion zu Leibe. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß die beiden jetzigen Angeklagten, welche damals bei der Schiffahrtsgesellschaft angestellt waren, mit dem Einbrecher Lacke wiederholt zusammengekommen waren und, wie die Anklage jetzt behauptet, auch in den Plan eingeweiht waren. Vor Gericht beantragten die Rechtsanwälte Dr. Harry Pincus und Dr. Wislach die Freisprechung bzw. Zuerkennung der bedingten Begnadigung. Das Gericht verurteilte Bredo zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten der Untersuchungshaft und bedingter Begnadigung, während Kunert mangels Beweises freigesprochen wurde.

---

als ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal, und sie wußten ganz genau, daß der Patriotismus der Herrn Konservativen ganz klein wird, wenn sie in den Geldbeutel greifen sollen.

Dazu kam, daß der Magistrat das Argument von der Geldersparung gerne aufgriff und die Stadtväter bat, die Finanzlage der Stadt zu bedenken.

Da erhob sich ein Zentrumsmann, die Zierde seiner Partei, und mit fetter Stimme führte er folgendes aus: „Die Erbauung einer Bedürfnisanstalt ist ganz entschieden abzulehnen. Eine Bedürfnisanstalt ist unsittlich! Ich kenne das! Haben wir hier in Braunsberg erst eine Bedürfnisanstalt, dann wird sie der Zufluchtsort und ein Sammelpunkt aller Strolche und des lichtscheuen Gesindels sein. Die treiben dort Unzucht, und es kann leicht kommen, daß sich die Unsittlichkeit von da über die ganze Stadt ausbreitet!

Damit war die Bedürfnisanstalt gewissermaßen — von hinten erdolcht.

Nun wird man in Braunsberg ein schönes, schmuckes Reiterstandbild für Kaiser Wilhelm errichten, und das Monument wird auf den Platz vor dem Bahnhof gestellt werden, der dicht neben der Straße: Im Patschwinkel liegt.

Und das ist dann eine ebenso patriotische wie reinliche Angelegenheit.

George Grosz wieder beschlagnahmt! Soeben ist im Malik-Verlag der in vielen tausend Exemplaren verbreitete, künstlerisch hervorragende Band Groszscher Zeichnungen „Das Gesicht der herrschenden Klasse" beschlagnahmt worden. Welcher Brunner oder welcher beschäftigungslose Reichswehrunteroffizier dahintersteht, kann natürlich noch nicht festgestellt werden. Unter allen Umständen ist es ein Skandal, daß die klägliche Blamage mit dem „Reigen"-Prozeß unsere vollständig überflüssigen und beschäftigungslosen Reichswehrangestellten und deren Freunde nicht hindern konnte, einen neuen politischen Skandal zu provozieren. Wenn bestimmte Personen in Deutschland die porträtgetreuen Zeichnungen von Grosz nicht ertragen können, so wird die ganze sozialistische Presse sie einfach reproduzieren und dem Staatsanwalt dann die Sorge überlassen, wie er die Millionen Exemplare beschlagnahmen soll. Aber jetzt muß diesen Herrschaften einmal gezeigt werden, wer der Stärkere ist. Wir oder sie!

Franz Molnar: Der Schwan (Kurfürstendammtheater). Ein Simplicissimustrottel von Prinz geht auf die Heiratssuche. An der vierten oder fünften Station seiner lustigen Leidensfahrten angelangt, scheut er sich zunächst, anzubeißen, wird aber von der schlauen Mutter angetrieben, indem sie Ihre Hoheit theater). Ein Simplizissimustrottel von Prinz geht auf die proletarischer Abkunft, kokettieren läßt, welches Opfer denn auch zum Ziele führt. — Ein grobes Konjunkturstück, mit Witz und Geschick in den ersten beiden Akten, dafür aber im letzten so hilflos und schlecht, daß man vor Langeweile und Verlegenheit jeden Augenblick aus dem Theater laufen möchte. Der Dichter wußte nicht, wem er es recht machen sollte, den hoheitsvollen Herrschaften oder den proletarischen Republikanern, und so wurde der große Unsinn daraus. Adele Sandrock, die Schauspielerin großen menschlichen Formats, rettete, was zu retten war. Ilka Grüning kam leider in dem unmöglichen dritten Akt erst zum Vorschein, nicht eben zu ihrem Vorteil, und Rosa Valetti mußte eine Karikatur von Hoftante spielen, tat es zu aufdringlich, fast verärgert, so daß man halb lachen, halb die Künstlerin bejammern mußte.

A. N.

Englische Weber, die Shakespeare spielen. Die Versuche, Shakespeare unter dem britischen Volk heimisch zu machen, indem man Liebhaberaufführungen in den verschiedensten Gesellschaftsklassen veranstaltet, haben jetzt unter der Weberbevölkerung der Stadt Leeds zu einem schönen Erfolg geführt. Es gibt bereits verschiedene „dramatische Gesellschaften" unter den Arbeitern, so in Collingham unter den Grobschmieden, in Harrowgate unter den Arbeiterinnen und unter den Bergleuten von Kippax. Nun hat der Reverend P. Gough unter den Webern von Leeds einen Bühnenbund ins Leben gerufen, der verschiedene Shakespeare-Vorstellungen mit gutem Gelingen veranstaltete. Es fanden sich unter den Webern Othellos, Macbeths und Shylocks, unter den Baumwollspinnerinnen Desdemonen, Julias und Portias. Diese Shakespeare-Aufführungen finden vor einem Arbeiterpublikum statt, das ebenfalls aus Mitgliedern des Arbeiterbühnenbundes besteht. Der Beitrag für den Bund, dem bereits 2000 Mitglieder angehören, beträgt 2 Pence die Woche. Hier ist also eine „Volksbühne" geschaffen, bei der nicht nur die Zuschauer, sondern auch die Schauspieler dem Arbeiterstande entstammen.

Die älteste Rechnung einer Schneiderin ist auf einer Steintafel, die vom Tempel zu Nippur in Chaldäa stammt, entziffert worden. Sie betrifft 42 Kleider und Oberkleider, wovon 14 mit Myrrhen, Aloe und Kassia parfümiert waren. Die Einzelheiten waren nicht zu entziffern, es handelt sich dabei um geschäftlich-gewerbliche Ausdrücke, die der heutigen Welt fremd sind. Nach der Form der Schrift und den sonstigen Angaben ist diese Kleidermacherrechnung etwa in das Jahr 2800 vor unserer Zeitrechnung zu setzen.

Tages-Notizen

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Montag halb „Käthchen von Heilbronn", um 7½ Uhr: „Kapitän Braßbounds Bekehrung".

„Volkskunst". Sonntag, 4 Uhr, Beethovensaal Mozartfeier unter Mitwirkung von Dr. Hugo Leichtentritt, Agnes [illegible], Rose Walter, Ernö Balogh.

Ernst Friedrich spricht Sonntag, 7½ Uhr, in der Stadthalle, Klosterstr. [illegible] zugunsten der politischen Gefangenen auf Festung Niederschönenfeld. Szenen aus Tollers „Wandlung" und „Masse Mensch", sowie Dichtungen von Mühsam. Karten in der „Freiheit"-Buchhandlung, Breite Str. [illegible], und Abendkasse.

Druckfehler. In der gestrigen Filmschau wurde in der „Jagd nach Liebe" Kastner erwähnt, in Wirklichkeit war es Kortner.

Der Mord in der Meyer Straße. Gestern abend wurde die Frau des toten Hasenzahl verhört. Während Tiecke dabei bleibt, daß Hasenzahl sich selbst erschossen habe, will Frau Hasenzahl von den Vorgängen selbst nur wissen, was ihr Tiecke mitgeteilt habe. Ihre Beteiligung an der Einpackung und Fortschaffung der Leiche ihres Mannes gibt Frau Hasenzahl zu. Während aber Tiecke als Grund für die Beseitigung der Leiche seine Befürchtung angibt, sonst in den Verdacht des Mordes zu geraten, will Frau Hasenzahl aus Rücksicht auf Wünsche ihres Mannes gehandelt haben. Die Aussagen der Frau sind ebensowenig glaubwürdig wie die Tieckes. Schwer belastet erscheint sie schon, wie wir bereits andeuteten durch Briefe von ihr, die der Kriminalpolizei in die Hände fielen.

Abschlußtage der Berliner Steuerkassen. Alle Steuerkassen Groß-Berlins werden allmonatlich wegen des Monatsabschlusses allgemein am 21. jeden Monats und falls dieser auf einen Sonn- oder Festtag fällt, am 22. jeden Monats für den Publikumverkehr geschlossen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag. Zeitweise nebelig, sonst trocken, überwiegend heiter und wieder etwas kälter bei ziemlich frischen östlichen Winden.

Gewerkſchaftliches

Arbeitszeitverlängerung in der Reichsdruckerei?

In zehn glänzend beſuchten Betriebsverſammlungen wurde der Belegſchaft Bericht gegeben über die Abſichten des Poſtminiſteriums und der Direktion, die Arbeitszeit um zwei eventuell vier Stunden die Woche zu verlängern. Die Referenten ſchilderten in großen Zügen die Beſtrebungen der Arbeiterſchaft um den Achtſtundentag. Daß in den acht Arbeitsſtunden die Eſſenspauſe einbegriffen iſt, muß als eine glatte Selbſtverſtändlichkeit angenommen werden. In der Reichsdruckerei wurde nach Ausbruch der Revolution dieſe alte ſozialiſtiſche Forderung durchgeführt.

Nunmehr glaubt das Poſtminiſterium, anläßlich der Beratungen des Manteltarifs den Augenblick für gekommen, der Belegſchaft der Reichsdruckerei die Arbeitszeitverlängerung aufzwingen zu können. Wie unſozial dieſe Maßnahme ſich auswirken wird, legten die Redner an einigen Beiſpielen klar.

In der lebhaften Diskuſſion lehnten die Verſammlungen die **unerhörte Zumutung** einer Verſchlechterung der jetzt beſtehenden Verhältniſſe ab. Dies kam in folgender Reſolution zum Ausdruck, die überall mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde.

„Von der Zumutung der Direktion und des Miniſteriums, die Arbeitszeit von 44 auf 46 Stunden zu verlängern, nimmt die Arbeiter- und Angeſtelltenſchaft mit äußerſter Entrüſtung Kenntnis. Sie iſt bereit, mit allen zu Gebote ſtehenden Mitteln eine ſolche Zumutung, unter welcher Form ſie auch geſtellt ſein möge, niederzukämpfen."

Mit tiefer Erbitterung nahmen die Verſammelten Kenntnis von den erfolgloſen Verhandlungen über die geforderte Wirtſchaftsbeihilfe. In teilweiſe recht draſtiſcher Weiſe wurde das Verhalten des Poſtminiſteriums und der Direktion einer ſcharfen Kritik unterzogen. Alle Verſammlungen ſtimmten einer weiteren Reſolution zu, die die Gewerkſchaften, den ADGB., den AfA-Bund und die Parteien auffordert, bei der Reichsregierung energiſche Schritte zu unternehmen, um durch geſetzgeberiſche Maßnahmen der geſamten Arbeiterſchaft ein ausreichendes Exiſtenzminimum zu ſichern.

Teuerungsaktion der Reichsbeamten und Arbeiter

Der Verkehrsbund teilt mit:

Durch die Preſſe gehen neuerdings Notizen über die dritte Teuerungsaktion der Reichs- und Staatsarbeiter und -beamten. Es werden einſeitige Darſtellungen anſcheinend zu Propagandazwecken veröffentlicht, die wir hiermit richtigſtellen: Die in der Arbeitsgemeinſchaft deutſcher Verkehrsbund vereinigten Organiſationen haben in Vorberatungen Stellung zur neuen Lohn- und Gehaltsbewegung genommen und bereits mit den in Frage kommenden Gewerkſchaften Beſprechungen eingeleitet. Die in der in den Tageszeitungen (u. a. „Berliner Volkszeitung" vom 25. November) veröffentlichten Notiz: „Vorgehen des Deutſchen Beamtenbundes" enthaltenen Angaben bedeuten eine Irreführung der beteiligten Reichs- und Staatsarbeiter und Beamten, wenn geſagt wird: „Ob die Gewerkſchaften im Anſchluß an die Forderungen der Beamten für ihre Mitglieder ebenfalls Lohnaufbeſſerungen fordern werden, iſt noch nicht entſchieden. Eine Fühlung zwiſchen Beamten und Gewerkſchaften beſteht zurzeit nicht . . ."

Tatſache iſt, daß am 11. November, nachmittags 4 Uhr, Vorbeſprechungen zwiſchen den dem Allgemeinen Deutſchen Gewerkſchaftsbund angehörenden Organiſationen ſtattfanden und abends 7 Uhr mit den Vertretern des Deutſchen Beamtenbundes, der AfA, des Deutſchen Gewerkſchaftsbundes und des Gewerkſchaftsrings fortgeſetzt wurden.

Hier wurde eine Uebereinſtimmung zwiſchen der Auffaſſung der verſchiedenen Gewerkſchaften herbeigeführt und weitere Beratungen feſtgeſetzt. Am Dienstag, den 29. November, finden zwiſchen den Gewerkſchaften Verhandlungen, die zur ſofortigen Aufnahme der dritten Aktion führen werden, ſtatt.

Keine Verſchärfung des Portierſtreiks

Am Dienstag nachmittag fanden vor dem Oberpräſidenten als Demobilmachungskommiſſar nochmals Verhandlungen zwiſchen dem Deutſchen Portierverband, dem Heizer- und Maſchiniſten-Verband und den Verbänden der Hausbeſitzer ſtatt. Leube als Vertreter der Arbeitnehmerverbände erklärte kurz, daß ſie nicht länger auf eine Erhöhung der Löhne hätten warten können und daß der Ausſtand in den Geſchäfts- und Induſtriehäuſern ſeinen Fortgang nehmen müſſe, ja, daß in den nächſten Stunden eine Verſchärfung des Kampfes eintreten werde, inſofern, als ſämtliche Blockſtationen lahmgelegt werden, ebenfalls würden alle Wohnhäuſer mit Zentralheizung in den Kampf gezogen, falls es nicht gelingen ſollte, eine Einigung herbeizuführen. Die Saumſeligkeit der Behörden trage die Schuld für das, was in den nächſten Stunden kommen werde.

Die Vertreter der Grundbeſitzer erkannten ebenfalls die dringende Notlage ihrer Angeſtellten an, betonten aber zugleich die Unmöglichkeit, höhere Löhne zahlen zu können, ſolange die Mieteinnahmen durch Aenderung der geltenden Zuſchläge nicht den Lohnforderungen angepaßt würden. Nachdem Aſſeſſor Wild eine ſchriftliche Erklärung abgab, daß er dafür eintreten werde, daß der Magiſtrat bis ſpäteſtens am 7. Dezember zu dem Antrag des Oberpräſidenten Stellung nehme, und dann dem Oberpräſidenten nichts mehr im Wege ſtehe, den Forderungen der Portiers nachzukommen, erklärten die Vertreter der Arbeitnehmer, bis dahin von einer Verſchärfung des Kampfes Abſtand zu nehmen.

Angeſtellte der chemiſchen Induſtrie! In einer Beſprechung am 29. November wurden vom Arbeitgeberverband folgende außertarifliche Zulagen bewilligt: Die Verheirateten- und Kinderzulage wird von 100 Mark auf 200 Mark erhöht. Für November wird das Geſamtgehalt mit den Alterszulagen um 25 Proz., für Dezember um 35 Proz. erhöht. Ueber Annahme oder Ablehnung dieſes Verhandlungsergebniſſes ſoll umgehend in den Betrieben der chemiſchen Induſtrie eine Urabſtimmung ſtattfinden. Alle Angeſtellten- und Betriebsräte müſſen ſofort eine geheime Abſtimmung im Betriebe vornehmen. Das genaue Abſtimmungsreſultat iſt umgehendſt dem Ortskartell Groß-Berlin des Allgemeinen freien Angeſtelltenbundes, Berlin N. 39, Reinickendorfer Str. 118, 2. Hof, II. zuzuleiten. Erwünſcht iſt, daß jede Berufsgruppe (kaufmänniſche Angeſtellte, Techniker und Werkmeiſter) geſondert abſtimmt. In der Abſtimmungsmitteilung an das Ortskartell iſt das Ergebnis der einzelnen Berufsgruppen beſonders zu kennzeichnen.

Zulagen für die Karoſſerie- und Wagenbauer. Am Montag, den 21. November, tagte in den Pharus-Sälen eine Verſammlung, um den Verhandlungsbericht betr. Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage entgegenzunehmen. Kollege Henſchel vom D. M. V. gab den Bericht über das Ergebnis der am 18. November ſtattgefundenen Verhandlung, welche zwiſchen dem Arbeitgeber-Verband des Deutſchen Wagenbau-Gewerbes und den in Frage kommenden Organiſationen ſtattgefunden hat. Die Arbeitgeber bewilligten am 18. November für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 17 Jahre eine Zulage von 2.50 Mark, für alle Jugendlichen von 14—17 Jahren eine Zulage von 1.50 Mark auf die beſtehenden Stundenlöhne. Der abgeſchloſſene Tarif läuft weiter bis zum 15. Januar 1922.

In der Diskuſſion wurde das Angebot der Arbeitgeber ſcharf und als gering kritiſiert. Die Verſammlung beſchloß aber gegen etwa 30 Stimmen das Angebot der Arbeitgeber anzunehmen, mit der Begründung, wenn vor Ablauf des Tarifes weitere Steigerungen an Lebensmitteln oder Bedarfsartikeln einſetzen, das Kartell der Arbeitnehmer ſofort in erneute Verhandlung mit den Arbeitgebern einzutreten hat.

Maſchiniſten und Heizer. Wegen des ſchlechten Beſuchs durch den Streik der ſtädtiſchen Angeſtellten wurde die Frage der Beitragserhöhung in der Generalverſammlung der Maſchiniſten und Heizer am 29. November in Boekers Feſtſälen einer an einem Sonntag ſtattzufindenden Generalverſammlung überwieſen. Eingangs der Verſammlung legte Reinefeld die Gründe klar, die zum Streik der ſtädtiſchen Angeſtellten führten, und ſtellte mit Genugtuung feſt, daß das techniſche Perſonal geſchloſſen in den Streik trat. Die Notſtandsarbeiten werden ausgeführt und beſteht die feſte Zuverſicht, daß der Sieg mit den Angeſtellten iſt. Holz erläuterte den gedruckt vorliegenden Kaſſenbericht und konnte berichten, daß ſich die Kaſſenverhältniſſe gebeſſert haben. Nach einem kurzen Referat Reinefelds wurde einſtimmig beſchloſſen, einen Extrabeitrag von zweimal 3 Mark im Dezember für die Weihnachtsunterſtützung der arbeitsloſen Kollegen zu zahlen. Unterſtützungsberechtigt ſind alle vom 5. Dezember ab arbeitsloſen Kollegen.

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe. Wie der Allgemeine Verband der deutſchen Bankangeſtellten mitteilt, finden die neuen Reichstarifverhandlungen im Bankgewerbe am Dienstag, den 6. Dezember, im Reichsarbeitsminiſterium ſtatt.

Werkmeiſter. Bezirksverein Charlottenburg des Deutſchen Werkmeiſter-Verbandes. Die Verhandlungen mit dem Beſitzer des bisherigen Vereinslokals Hohenzollernfeſtſäle, Berliner Str. 105, haben zu einer Einigung geführt. Die nächſte Generalverſammlung findet am Freitag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, daſelbſt ſtatt. Wichtige Tagesordnung. Unſere Verhandlungen und die Teuerung.

Zimmerer. Unſere Zahlſtellenverſammlung findet am Freitag, 2. Dezember, abends 7 Uhr, in den Andreasfeſtſälen, Andreasſtraße 21, ſtatt. Eingeladen ſind hierdurch zu dieſer Verſammlung alle Delegierte, ferner alle Vertrauensleute und Betriebsräte. Die Schlichtungskommiſſions- und Vorſtandsmitglieder treffen ſich am Freitag nachmittag 4 Uhr im Bureau.

Tarif im Einzelhandel! Das neue Lohnabkommen, rückwirkend ab 1. November d. J., geltend für die Monate November und Dezember, iſt nunmehr gedruckt erſchienen. Es enthält die ausgerechneten Sätze für männliche und weibliche Angeſtellte und ermöglicht eine leichte Ueberſicht über die Anrechnung der Berufsjahre

Zentralverband der Angeſtellten. Der Zentralverband der Angeſtellten ruft ſeine Funktionäre der Fachgruppe Metall zu einer wichtigen Verſammlung am Freitag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, in Haverlands Feſtſälen, Neue Friedrichſtr. 35, zuſammen. Die Tagesordnung wird in der Verſammlung bekanntgegeben. Um pünktliches und zahlreiches Erſcheinen wird dringend erſucht.

Zum Ausſtand der Düſſeldorfer Metallarbeiter. 60 000 Ausſtändige verharren bei ihren Forderungen ſchon über 2 Wochen. Die Streikleitung hat jetzt Küchen eingerichtet. Eine Abſtimmung der freien Gewerkſchaften ergab mehr als 80 Proz. für Weiterführung des Streiks. Bei den chriſtlichen Metallarbeitern hat die Abſtimmung über eventl. Wiederaufnahme der Arbeit dasſelbe Ergebnis. Die Maſchiniſten und Heizer ſtehen feſt zu ihren Forderungen ſchon die vierte Woche.

Parteiveranſtaltungen

Verbands-Bildungskommiſſion U. S. P. D. Am Freitag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsſchule, Breite Str. 8-9, eine Konferenz ſtatt. Genoſſe Stadtrat Peters ſpricht über Bildungsarbeit in der Kommune. Alle Mitglieder der Bildungskommiſſionen in Groß-Berlin, ſowie diejenigen Genoſſen und Genoſſinnen, die in den Deputationen für Kunſt und Bildung in den Verwaltungsbezirken und den zentralen Deputationen tätig ſind, ſind zu dieſer Konferenz eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Freitag, 2. Dezember

5. Verwaltungsbezirk, 15., 16., 17. Diſtrikt. Männer-Chor U. S. P. 8 Uhr Uebungsſtunde im Saal Schmidts Geſellſchaftshaus, Fruchtſtr. 36a. Sangesfreudige Genoſſen willkommen.

16. Verwaltungsbezirk (Friedrichshagen, Rahnsdorf, Bohnsdorf, Grünau und Erkner). Abends 7 Uhr Sitzung der Zeitungskommiſſion und Privatſpediteure bei Schilling, Cöpenick, Bahnhofſtr. 7.

19. Verwaltungsbezirk (Pankow). 7 Uhr Fraktion und Kommunale Kommiſſion im Rathaus, Zimmer 26.

6. Diſtrikt. 7 Uhr Diſtrikts-Generalverſammlung in der Schulaula Waldenſerſtraße 21. Bezirksführer müſſen einladen. Die Delegierten zur Verbands-Generalverſammlung müſſen anweſend ſein.

8. Diſtrikt. 7 Uhr Diſtriktsgeneralverſammlung in der Schulaula Waldenſer Straße 21. Stellungnahme zur Verbandsgeneralverſammlung.

10. Diſtrikt. 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Grunert, Pankſtr. 88.

10. Diſtrikt. 3. Abteilung. Abends 7 Uhr Funktionärkonferenz bei Ernſt, Bellermannſtr. 53.

11. Diſtrikt. Von abends 7 Uhr ab Materialausgabe für die Abteilungsleiter bei Scheibe, Paſſauerſtr. 2.

11. Diſtrikt, 8. Abteilung. Abends 7½ Uhr Bezirksführerkonferenz bei Scheibe, Paſſauerſtr. 2.

12. Diſtrikt. Kommunale Kommiſſion. Abends 7 Uhr Verſammlung bei Hoffmann, Lychener Str. 8. Stadt- und Bezirksverordnete, ſowie alle ehrenamtlich tätigen Genoſſen und Genoſſinnen ſind zum Erſcheinen verpflichtet.

Diſtrikt Spandau. Abends pünktlich 8 Uhr in der Knabenmittelſchule, Joachimsplatz, 1. Vortrag des Bibliothekars Dr. Nieſer über Goethes „Fauſt", 1. Teil.

Schöneberg-Friedenau. Abends 7½ Uhr bei Baum, Apoſtel-Paulus-Str. 33, Funktionärſitzung.

Steglitz. Abends ½8 Uhr Sitzung der Agitationskommiſſion bei Rangk, Fichteſtraße 4.

Kinderſchutzkommiſſion. Nachm. 4½ Uhr Ausſchußſitzung für alle 20 Verwaltungsbezirke. Wichtige Tagesordnung.

Sonnabend, 3. Dezember

16. Verwaltungsbezirk (Friedrichshagen, Rahnsdorf, Bohnsdorf, Grünau und Erkner). Abends 6 Uhr Sitzung der Stadträte, Bezirksverordneten und Kommunalen Kommiſſion im Arbeitsamt, Cöpenick, Luiſenſtraße.

Verwaltungsbezirk Berlin-Mitte. Nachm. 5 Uhr im Bezirksamt, An der Stralauer Brücke 6, Fraktionsſitzung der alten und neuen Fraktion der Bezirksverſammlung. Die Stadtverordneten und Kommunalen Kommiſſionen ſind dazu eingeladen.

7. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der Frauenarbeits-, Kinderſchutz- und Bildungskommiſſion bei Kopp, Swinemünder Str. 30.

8. Diſtrikt (Wedding). Bezirksführer! Abends 6 Uhr Plakate abholen. 1. Abt. von Kraft, Utrechterſtr. 21. 2. Abt. von Hauſe, Brüſſeler Str. 9.

10. Diſtrikt (Geſundbrunnen). Abends 7 Uhr treffen ſich ſämtliche Delegierten zur Generalverſammlung bei Schurmann, Stettiner Str. 11.

12. Diſtrikt. Abends 7 Uhr Funktionärſitzung bei Hoffmann, Lychener Str. 8. Die Generalverſammlungsdelegierten ſind eingeladen.

13. Diſtrikt. Die Funktionäre haben abends 7 Uhr die Plakate von den bekannten Stellen abzuholen.

Vereinskalender

Donnerstag, 1. Dezember

Zentralverband der Angeſtellten. Chirurgie, Mechanik. Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung in den Sophienſälen, Sophienſtr. 17-18. — **Privatverſicherung.** Abends 7 Uhr Mitgliederverſammlung in Kliems Feſtſälen, Haſenheide Nr. 13-15. — **Rechtsanwaltsbureaus.** Abends 7½ Uhr Mitgliederverſammlung im Engliſchen Hof, Alexanderſtr. 27c.

Freitag, 2. Dezember

Deutſcher Werkmeiſter-Verband, Berlin 11. Abends 7 Uhr im Vereinslokal, Frankfurter Allee 313, Generalverſammlung. Vortrag des Kollegen Petersheil. Neuwahl des Vorſtandes.

Deutſcher Werkmeiſter-Verband. Werkmeiſter der Hut- und Mützenbranche. Abends 7 Uhr wichtige Fachgruppenverſammlung im Schultheiß, Brückenſtr. 6b. Tagesordnung: Tarifvertrag. Vollzähliges Erſcheinen notwendig.

Deutſcher Werkmeiſter-Verband. Werkmeiſter der Hut- und Mützenbranche. Abends 7 Uhr Fachgruppen-Verſammlung im Schultheiß, Brückenſtr. 6b. Tagesordnung: Tarifvertrag. Vollzähliges Erſcheinen notwendig.

AfA-Bund. Angeſtellte der Kunſt- und Bauſchloſſerei. Abends 7 Uhr findet in den Sophien-Sälen (Hochzeitsſaal), Berlin C., Sophienſtr. 17-18, eine AfA-Verſammlung ſämtlicher Angeſtellten der obigen Branche ſtatt. Tagesordnung: 1. Die jetzige Teuerungswelle und das Einkommen der Angeſtellten. Mitgliedsbuch eines AfA-Verbandes legitimiert.

Bund der techniſchen Angeſtellten und Beamten. Mitgliederverſammlungen: Neukölln: Abends 7½ Uhr, Bürgerſäle, Bergſtr. 147. Centrum-Süd: Abends 7½ Uhr, Alexandriner, Alexandrinenſtr. 37. Oberſchöneweide: Abends 7½ Uhr, Hubertus, Ediſon-, Ecke Waldſtraße. Oſten 2: Abends 7½ Uhr, Logenſäle, Knorrpromenade 2. Schöneberg: Abends 7½ Uhr, Eberhof, Eberſtr. 68. Tempelhof: Abends 7½ Uhr, Caſino-Reſt., Berliner Straße. Weißenſee: Abends 7½ Uhr, Spatenbräu, Berliner Allee 232.

Zentralverband der Angeſtellten. Damenwäſche und Schürzen. Abends 6½ Uhr Mitgliederverſammlung im Engliſchen Hof, Alexanderſtr. 27c. — **Metall.** Abends 7 Uhr Funktionärverſammlung in Haverlands Feſtſälen, Neue Friedrichſtr. 35. Tagesordnung wird in der Verſammlung bekannt gegeben. Um pünktliches und zahlreiches Erſcheinen wird dringend gebeten.

Touriſten-Verein „Die Naturfreunde", Abteilung Neukölln. Abends 7½ Uhr Elternabend in der Aula des Reformgymnaſiums, Neukölln, Boddinſtr. 72. Eintritt 2 M. Gäſte herzlich willkommen.

Reichsbund der Kriegsbeſch., Bez. 2, Oſten. Die nächſte Mitgliederverſammlung findet am 2. Dezember, Andreasſtr. 3, ſtatt.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo [illegible], Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkſchaftliches: B. Kubner, Berlin; für den Inſeratenteil und geſchäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamenzki, Charlottenburg. — Verlagsgenoſſenſchaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Allgemeine Ortskrankenkaſſe f. d. Stadtbezirk Cöpenick

Hiermit laden wir die Mitglieder des Ausſchuſſes zu der am Donnerstag, den 8. Dezember d. Js., nachm. 5 Uhr, im kleinen Saale des „Kaiſerhof", Cöpenick, Grünſtr. 10, Hof 1 Tr., ſtattfindenden

ordentlichen Ausſchußſitzung

ein.

Tagesordnung:

1. Beratung und Beſchlußfaſſung über den Voranſchlag für 1922.
2. Antrag des Vorſtandes auf Änderung der §§ 20, 22, 24, 34a, 72, 84, 88 der Kaſſenſatzung, ſowie §§ 4, 5, 8, 20, 23 der Wahlordnung.
3. Wahl des Prüfungsausſchuſſes zur Abnahme der Jahresrechnung des laufenden Jahres.
4. Bericht über das Erholungsheim.
5. Geſchäftliches.

Die Ausſchußmitglieder erhalten noch beſondere Einladungen.

Cöpenick, den 29. November 1921.

Der Vorſtand:
Otto Nickel, Vorſitzender.

Botenfrauen ſofort geſucht

Hauptexpedition
C. 2, Breite Straße 8-9
Expedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Heinersdorfer Straße, Winsſtraße
Expedition Lachmann
Stargarder Straße 13

Gold-, Silber-, Platin-Bruch kauft Gotzkowsky-Straße 13.

Altmetalle kauft zu hohen Preiſen Gehlhaar, SO. Waldemarſtraße 61.

Rauchtabak Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz-Krauſen 22 M.
Portorika . . . 23 M.
Gold Shag . . . 27 M.
Rund Gr. Hamburger Straße 1.

Weſtmanns Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preiſe.
I. Mohrenſtr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasſtr.)
Auswahlſendung ſof. Amt Zentrum 1890
Sonntags geſchloſſen.

Annahme in allen Expeditionen des Verlages — Geſchäftsſtelle Berlin C2 Breite Straße 8-9

Kleine Anzeigen

Das Überſchriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto. Stellengeſuche: Überſchriftswort 1.50, jed. weitere Wort i. Text 1.— M.

Verkäufe

Bettwäſche billigſt nur Qualitätsware. Deckbettbezüge von 85.—, Laken 53.—, Inletts 140.— Dieſe Woche 5% Umſatzſteuerrabatt. Wäſcheſtoffe, Handtücher, konkurrenzlos billig. Kaufgelegenheit ausnutzen. Wäſchefabrik Gräfeſtr. neunundzwanzig (Haſenheide). Bettfedern-Spezial-Fabrik. Fahrtvergütung. Geöffnet 8—7.

Kreuzfüchſe 160.—! Waſchbärfüchſe! Zobelfüchſe! Silberfüchſe! Skunks! Opoſſum! Herrenkragen! Uhren! Goldwaren! Anzüge! Rieſen-Weihnachtsverkauf zu erſtaunlichen Spottpreiſen! (Keine Verſatzware). Pfandleihhaus Schönhauſer Allee 115 (Hochbahnhof Nordring) (Fahrtvergütung).

Central-Leihhaus, Jägerſtraße 71, Ecke Kanonierſtraße, täglicher Verkauf von hochelegantesten Anzügen, Ulſtern, Smokings und Frackanzügen von 150 Mark an. Schlüpfer, Raglans zu ſpottbilligen Preiſen. Keine Lombardware.

Bettwäſche billig! Vier billige Ultimotage am 28., 29., 30. Novbr., und 1. Dezbr. Oberbetten 88.—, 138.—, 155.— aus Hembertuch, Renforce und Douffinautuch. Kiſſen 28.—, 35.—, 38.—, Bettlaken 53.—, Federdichte Inletts 135.— Wäſcheſtoffe, Handtücher, Tiſchtücher enorm billig. Rieſige Auswahl. Beſte Gelegenheit zum Weihnachtseinkauf vor weiterer Preisſteigerung. Berliner Bettwäſchefabrik, Chauſſeeſtr. achtunddreißig (Halteſtelle Wöhlerſtr.). Größte Spezialfabrik mit Detailverkauf. Geöffnet bis 7.

Kreuzfüchſe, Waſchbärfüchſe, Skunkskragen, Muffen. Sämtliche Pelzarten. Hälfte herabgeſetzte, ſpottbillige Sommerpreiſe. Keine Lombardware. Leihhaus Roſenthaler Tor, Linienſtraße 203-4, Ecke Roſenthaler Straße.

Anzüge, Gummimäntel, Paletots, Ulſter, Gehrockanzüge, Ulſter, Paletots, Raglans ſtaunend billig. Friedensſtoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Roſenthaler Tor, Linienſtraße 203-204, Ecke Roſenthaler Straße.

Halbumſonſt! Kreuzfüchſe 80.— an, Rotfüchſe 70.—, Zobelfüchſe, Waſchbärfüchſe, ſämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreiſen. Pelzvertrieb Rixdorfer Damm 2, neben Sandorf.

Anzüge, Schlüpfer, Ulſter 150.—, Gummimäntel, elegante Damenmäntel 275.—, Kreuzfüchſe 165.— uſw. Rieſenauswahl zu fabelhaft billigen Preiſen in beſten Qualitäten. Keine Lombardware. Leihhaus Hagenauer Str. 47, Lichtenberg.

Monatsgarderobe, Jackettanzüge, Winterulſter, Gummimäntel, Hoſen verkauft billigſt an Privatkundſchaft Alexanderſtraße 19a, hochpart. Geſellſchaftsanzüge leihweiſe.

Silberſchmelze Chriſtionat, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelſtraße), kauft Zahngebiſſe, Platinabfälle, Schmuckſachen, Queckſilber, Glühſtrumpfaſche, ſämtliche Metalle.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man ſtets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Herrenhüte 68.50. Trotz Preisſteigerung verkauft neueſte Formen, beſte Qualitäten für obigen Sparpreis Hutformenvertrieb A. Bernſtein, Cöpenicker Str. 78, Eingang Brückenſtr. 1.

Spottbillige Pelzwaren! Kreuzfüchſe, Rotfüchſe jetzt 65.—, Wölfe, Silberfüchſe, Alaska, Zobelfüchſe. Rieſenauswahl aller Pelzarten zu bedeutend herabgeſetzten billigen Sommerpreiſen, nur Gelegenheitskäufe, keine Lombardwaren. Leihhaus Köpenickerſtr. 71.

Möbel

Geſamnbau, Chaiſelongue, Auflagematratzen, Patentmatratzen 150.—, Walter, Stargarder Str. achtzehn.

Rehfeld, Badſtraße 34. Moderne Küchen, la Lackfarbe, kompl. Verglaſung, 675.—. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 2980 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2800 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Verſand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Chaiſelongues 180.—, Chaiſelonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Weiche Raunnſtraße 19a, Engh.

Kleiderſchränke, Vertikows, engliſche Bettſtellen, Sofas, Ausziehtiſche, Stühle, Sofaumbaus, Büfetts, Schreibtiſche, Bücherſchränke, ganze Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen außergewöhnlich billig. Möbelhaus Kamerling, Koloniestraße 48 (Ecke Weddingweg).

Einrichtungen äußerſt billiger Schlafzimmer, Speiſezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel. Ferhau, Pyrmonter Straße 41. Zahlungserleichterung.

Küchen, moderne, mit u. ohne Aufſätze, lackiert, laſiert, roh, enorm preisw. Rieſenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauſer Tor).

Gut und billig Speiſe-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigſte Preiſe, große Auswahl. Windberg, Möbeltiſchlerei, Brunnenſtr. 162

Kaufgeſuche

Schellack, Leim, Firnis uſw. ſucht Farbenhaus Neue Königſtr. 87. Königſtadt 3091.

Rakowki, Goldſchmied kauft zu günſtigen Preiſen Platin, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Brillanten, Zahngebiſſe, Pfandſcheine. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenſtraße 168.

Schellack, Leim kauft höchſtzahlend Krüger, Elſabethſtraße 17.

Hilferding, „Das Finanzkapital". Broſch. oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2, Breite Str. 8-9.

Werkzeuge u. Maſchinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Nägel, Maſch.-Schrauben, Wallmannſtr. 22

Schnelldrehſtahl, Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Strausberger Straße 44.

Schnelldrehſtahl kauft Hirſch, Ruppiner Str. 37

Fahrräder

Fahrrad-Ankauf. Cuxhafenerſtr. 19.

Verſchiedenes

Dauerwäſche repariert Born, Reichenberger Straße 7.

Bilder, Kunſtblätter, Wandſchmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Briefwechſel zwiſchen Schiller und Lotte. Gut gebunden, 382 Seit. ſtark, nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Arbeitsmarkt

Händler geſucht für den Vertrieb aktueller Broſchüren. Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Bücher- und Bilderausſtellung der Freiheit-Buchhandlung / Breite Str. 8-9
Täglich geöffnet bis 6 Uhr abends (An Sonntagen geſchloſſen)